



Nr. 198.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

90. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einspaltige Borgselle 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., Resttagen 25 Pfg. Schluss für Anzeigebblatt 10 Uhr vormittags. Telefon 9.

Donnerstag den 26 August 1915.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 1.25 vierteljährlich, Postbezugspreis für den Orts- und Nachbarortsverkehr Mt. 1.20, im Fernverkehr Mt. 1.30. Bestellschein in Württemberg 30 Pfg., in Bayern und Reich 42 Pfg.

## Vorwärts auf der ganzen Front Kowno—Bjalostok—Brest-Litowsk.

### Die amerikanische Antwortnote an Oesterreich-Ungarn.

#### Eine Unverschämtheit Wilsons.

Auf die Note Oesterreich-Ungarns an die Regierung der Vereinigten Staaten, worin diese darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Zentralmächte in der schrankenlosen Zulassung von Kriegsmateriallieferungen an die Armeen des Vierverbands eine Unterstützung unserer Gegner erblicken, hat Herr Wilson, der Friedens- und Humanitätsapostel, dem natürlich die indirekten Anklagen, daß Amerika durch diese Handlungsweise den Krieg verlängere und dadurch die Verantwortung für den Tod weiterer Hunderttausende von Menschenleben mitzutragen habe, etwas in die Nase gestochen haben mögen, eine Antwort erteilt, die an parteiischer Anschauung wirklich nichts mehr zu wünschen übrig läßt, und die im englischen Auswärtigen Amt sicherlich nicht besser hätte fertiggestellt werden können.

Die Note wendet sich dagegen, daß ein neutraler Staat verpflichtet sei, den Regeln des internationalen Herkommens mit Rücksicht auf spezielle Umstände zu ändern. Die Anerkennung einer derartigen, der internationalen Praxis unbekanntlichen Verpflichtung würde jeder neutralen Nation die Pflicht auferlegen, über den Verlauf eines Krieges zu Gericht zu sitzen und ihren Handelsverkehr mit einem kriegsführenden einzuschränken, dessen maritime Erfolge den Neutralen am Handel mit dem Feinde hinderten. Herr Wilson hätte mit dieser Erwiderung schon recht, wenn er seine Anschauung nicht nur einseitig gegenüber den Zentralmächten vertreten würde. Während aber die amerikanische Regierung sich hier auf die strikte Einhaltung der internationalen Verträge herausredet, zu Ungunsten der Zentralmächte, bringt sie gegenüber England und dem Vierverband, die den legitimen Handel der Vereinigten Staaten mit andern Neutralen und mit den Zentralmächten gegen alle internationalen Vereinbarungen unterbinden und schädigen, nicht die Mittel zur Anwendung, die diese Mächte zwingen würden, ihre Völkerrechtsverletzungen, selbstverständlich auch wieder zu Ungunsten der Zentralmächte einzustellen. Die Note verweist dann hauptsächlich auf den Burenkrieg, in dem sich die gegen England kämpfenden südafrikanischen Republiken in Bezug auf die Unterbindung der Zufuhr zur See in einer ganz ähnlichen Lage befunden hätten wie jetzt Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Trotzdem sei von diesen Staaten Munition an England geliefert worden. Wir werden wohl über diesen Fall eine Aufklärung bekommen, können aber andererseits auf eine ganz entgegengesetzte Anschauung neutraler Regierungen während des jetzigen Krieges hinweisen. Rumänien hat die Durchfuhr von Munition wenigstens für den einen Teil der kriegsführenden verboten, die nordischen Staaten haben ebenso die Durchfuhr von Rohmaterialien zu Kriegszwecken verboten. Das sind also auch Maßnahmen, die diese Staaten angeblich zur Wahrung ihrer Neutralität getroffen haben. „Vorgänge“ für eine Aenderung des Völkerrechts sind also vorhanden.

Eine geradezu böswillige Verkennung der Lage der Zentralmächte und skandalös einseitige Beurteilung der Kriegführung leistet sich Herr Wilson mit folgenden Ausführungen: Die Politik der Vereinigten Staaten sei niemals darauf ausgegangen, in Friedenszeiten eine große militärische Macht oder

Vorräte von Waffen und Munition, die zur Zurückweisung eines wohl ausgerüsteten und mächtigen Feindes genügen würden, zu halten. Infolge dieser hergebrachten Politik würden die Vereinigten Staaten im Falle des Angriffes einer fremden Macht zu Beginn des Krieges ernstlich, wenn nicht gar verhängnisvoll durch den Mangel an Waffen und Munition und durch den Mangel an Mitteln, solche in einer für die Erfordernisse der nationalen Verteidigung hinreichenden Menge zu erzeugen, in Verlegenheit kommen. Die Vereinigten Staaten haben sich immer auf das Recht und die Möglichkeit, Waffen und Munition von neutralen Mächten im Falle eines fremden Angriffes zu kaufen, verlassen. Dieses Recht, das sie für sich selbst in Anspruch nehmen, können sie andern nicht absprechen. Eine Nation, deren Prinzip und Politik es ist, sich hinsichtlich des Schutzes ihrer politischen und territorialen Integrität auf internationale Verpflichtungen und internationale Gerechtigkeit zu verlassen, könnte das Opfer einer aggressiven Nation werden, deren Politik und Praxis es ist, in Friedenszeiten ihre militärische Kraft mit der Absicht auf Eroberung zu stärken, wenn nicht die angegriffene Nation, nachdem der Krieg erklärt ist, sich auf die Weltmärkte begeben und die Mittel zur Verteidigung gegen den Angreifer kaufen kann. Die Annahme des Grundsatzes, nach dem es Pflicht eines neutralen Staates wäre, den Verkauf von Waffen und Munition an einen kriegsführenden Staat während des Krieges zu untersagen, würde der Welt den Militarismus aufzwingen und dem Weltfrieden entgegenarbeiten.

Angeichts dieser geradezu impertinenten „praktischen“ Auslegung des amerikanischen Standpunktes, muß Herr Wilson seine Dreistigkeit doch einen Augenblick bange gemacht haben, denn auf die vorangehende Erörterung des „praktischen“ Beispiels, mit dem sie für den Handel mit Munition eingetreten ist, wünscht die Regierung der Vereinigten Staaten dahin verstanden zu werden, daß sie nicht in der Absicht gesprochen habe, ein Urteil über die Umstände des gegenwärtigen Krieges auszusprechen oder anzudeuten, sondern nur in voller Offenheit den Gedankengang darzulegen, welcher für die Richtung der Politik der Vereinigten Staaten in diesem Belange maßgebend war. In dieser vorlaufenden Entschuldigung ist aber schon eine zweite Unverschämtheit Wilsons enthalten. Die Note schließt mit den Worten: Die Prinzipien des Völkerrechts, die Praxis der Nationen, die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und anderer Nationen ohne große militärische und maritime Einrichtungen, die Verhinderung der Vergrößerung der Armeen und Flotten, die Anwendung friedlicher Methoden zur Regelung internationaler Zwistigkeiten und endlich die Neutralität selbst stehen dem Verbot der Ausfuhr von Waffen, Munition und anderen Kriegsvorräten an die kriegsführenden Mächte seitens einer neutralen Nation während der Dauer des Krieges entgegen.

So durchtrieben die Note in ihren englischen Winkelzügen abgefaßt ist, so wenig hält sie einem ruhigen, objektiven Urteil nach allgemein geltenden Begriffen der Logik und des Rechts Stand. Um dem Sophisten und Winkeladvokaten Wilson die Maske vom Gesicht zu reißen, brauchen wir auf die Erörterungen seiner Note nur folgende Fragen zu stellen: Hält Herr Wilson die englische Flotte, die die ganze Welt bisher beherrscht und gerade in diesem Kriege eine Vergewaltigung sondergleichen ausübt, nicht

etwa für ein Werkzeug militaristischen Geistes, der nur auf Eroberung und Erhaltung des Raubs gerichtet ist. Ist Herr Wilson wirklich so — naiv, daß er es nicht verstehen kann, daß die Zentralmächte ihr Land und ihre Interessen nur durch ein Landheer schützen konnten, daß Deutschland also durch die militärische Organisation seines Volkes nichts anderes getan hat, als seine feindlichen Nachbarn und vor allem England auch, das infolge seiner glücklichen insularen Lage eben nur eine Flotte braucht? Und dann: Wie denkt sich Herr Wilson einen Krieg mit einer Seemacht, die wie die englische den Amerikanern völlig überlegen ist, die also die Zufuhr von Munition an Amerika völlig abschneiden würde? (Die Ausfuhrung des Beispiels der Munitionsversorgung der kleinen Staaten ist sowieso weiter nichts als eine leere Phrase).

Wir sehen also, die Note Wilsons ist nichts als eitel Klunzerei, und unter diesen Umständen werden sich die Regierungen der Zentralmächte wohl darüber schlüssig werden müssen, ob es nicht unter ihrer Würde ist, den Noten Wilsons überhaupt noch irgend welche Beachtung zu schenken.

O. S.

### Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

#### Die deutsche amtliche Meldung.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 25. August. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. In der Champagne sprengten wir mit Erfolg mehrere Minen. In den Vogesen wurde am 17. August ein feindlicher Angriff mit Handgranaten abge schlagen und südwestlich von Sondernach ein Teil der am 17. August verloren gegangenen Grabenstücke zurückgewonnen. Ein deutscher Kampfflieger schob vorgestern bei Neuwport einen französischen Doppeldecker ab.

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg: Nördlich des Njemen wurden bei erfolgreichen Gefechten in der Gegend von Birschi 750 Russen zu Gefangenen gemacht. Die Armee des Generalobersten v. Eichhorn drang unter Kämpfen siegreich weiter nach Osten vor. 1850 Russen gerieten in Gefangenschaft, mehrere Maschinengewehre wurden erbeutet. Die Armee des Generals v. Scholtz erreichte die Beresowka, nahm Kanjryn und überschritt südlich von Tylotin den Narew. Die Armee des Generals v. Gallwitz erzwang an der Straße Sokoly-Bialostok den Narewübergang. Ihr rechter Flügel gelangte, nachdem der Gegner zurückgeworfen war, bis in die Orlanda. Die Armee machte über 4700 Gefangene, darunter 18 Offiziere, und nahm 9 Maschinengewehre.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Der Feind versuchte gestern vergeblich, unsere Verfolgung zum Stehen zu bringen. Er wurde angegriffen und in den Bialowiezastorf geworfen. Südlich des Forstes erreichten unsere Truppen die Gegend östlich von Wierchowicze. Es wurden über 1700 Gefangene gemacht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen: Die Heeresgruppe nähert sich dem geschlagenen Feind folgend, den Höhen auf dem Westufer des Lesna (nördlich von Brest-Litowsk). Auf der Südwestfront von Brest-Litowsk, bei Dobrynka durchbrachen gestern österreich-ungarische und deutsche Truppen die vorgehobenen Stellungen der Festung. Auf dem Ostufer des Bug, nördlich von Wodawa,

a, Aufstößen  
en nicht ge-  
acken; auch  
en. Es ist  
l kühl und  
glofer Weise

und Wasser,  
s Maismehl  
Wasser ab,  
halbe Stunde

n heutigen  
8-15 3,  
Zweitschgen  
abellen 31  
30-38 3,  
Pflaumen  
d. — Auf  
5 1/2-6 3,  
id kleinere

n n, Calw.  
erei, Calw.

blatt

bank!

ie wird ein  
chen  
ge sucht.  
tsft. d. Bl.

ng

lasabschluß,  
oder später  
renzberger.

ge meinen

leineres  
ferd

erkauf aus  
Suntele.

Sahr alten  
errier,

stbraun ge-  
nd Rinder  
Preis 35  
Geschäfts-

ege

Krappen.

el's  
oda  
räte



drangen Teile der Armee des Generals v. Vinzingen unter Kämpfen nach Norden vor.  
Oberste Heeresleitung.

### Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

(W.B.) Wien, 25. Aug. Amtliche Mitteilung vom 25. August mittags: Russischer Kriegsschauplatz: Die Truppen des Erzherzogs Joseph Ferdinand und des Generals v. Koevel drängen im Verein mit den Verbündeten den Feind unter unausgesetzten Kämpfen gegen die Vesna zurück. Auch der Widerstand der noch südwestlich von Brest-Litowsk kämpfenden Russen ist gebrochen. Sie wurden durch die Divisionen des Generals von Arz und durch deutsche Truppen in den Fortsgürtel geworfen. Nordöstlich Wlodawa treiben deutsche Kräfte den Feind immer tiefer in die Wald- und Sumpfszone hinein. Die Reiterei des Feldzeugmeisters von Puhallo geht beiderseits der von Kowel nach Kobrin führenden Straße vor. Honvedhufaren erstürmten ein verschanztes Dorf an der Bahnlinie Kowel-Brest-Litowsk. Zwischen Wladimir Wolinsky und der bessarabischen Grenze herrscht Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz: Im Abschnitt der Hochfläche von Doberdo wurde gestern die feindliche Infanterie, die sich am Südhang des Monte dei Sebbusti eingenistet hatte, durch unser Geschützfeuer zum eiligen Verlassen ihrer Stellungen gezwungen. Unsere Front südwestlich San Martino stand wieder unter dem Feuer schwerer Artillerie. Mittags setzten die Italiener hier zu einem neuen Angriff an, der gleich den vorhergehenden Vorstößen nahe an unseren Verteidigungslinien abgewiesen wurde. Vor dem Görzer und Tolmeiner Brückentopf und im Arn-Gebiet herrscht verhältnismäßig Ruhe. Dagegen hält lebhaftere Tätigkeit des Feindes vor Glisch und Raibl an. Im Tiroler Grenzgebiet entwickelten sich mehrfach Kämpfe. Gestern spät abends begann feindliche Infanterie gegen den nördlichen Abschnitt der Hochfläche von Lavarone vorzugehen. Heute früh war dieser Angriff abgeschlagen. Beiderseits der Tonalestraße greifen seit Morgengrauen mehrere italienische Bataillone an. Hier ist der Kampf noch im Gange. Die Artilleriegefechte dauern nahezu an der ganzen Tiroler Grenze fort.

### Die bisherigen italienischen Erfolge.

Zürich, 25. Aug. Die schweizerischen Blätter stellen in einer Uebersicht über die drei ersten Monate des italienisch-österreichischen Krieges fest, daß das Gesamtergebnis für die Italiener nicht ein einziger Schützengraben sei. Es sei den Italienern an keiner Stelle ihrer Front gelungen, trotz aller vom täglichen Vorwärtsschreiten berichtenden Cadorna'schen Tagesberichte, die Oesterreicher aus ihren bei Beginn des Krieges eingenommenen Stellungen zu werfen. Die „erlösten“ Gebiete seien nur soweit im Besitz der Italiener, als sie ihnen von den Oesterreichern vor Beginn des Krieges freiwillig überlassen worden waren. Die Presse bezeichnet es als ausgeschlossen, daß Italien nach diesem Vierteljahrsergebnis, das nur den wenigsten in Italien bekannt sei, jemals den Weg nach Tirol, Kärnten oder Triest finden werde.

### Die österreichische Artillerie am Isonzo.

Wien, 25. Aug. Italienische Gefangene schildern die Wirkung unserer schweren Artillerie an der Isonzofront in den grellsten Farben. Die Geschosse der 30,5 Zentim.-Mörser haben Entsetzen und panische Furcht in der Armee hervorgerufen. Schon wenn man ihr lautes Nahen hört, flieht alles. Nun gelang es ihr, am 23. d. M. nicht nur die sogenannte italienische Lagunenbatterie an der Sdobbamündung, die durch ihre bestreichende Wirkung gegen Doberdo unangenehm wirkte, niederzukämpfen, sondern auch die 2500 Schritte südlich von ihr gelegene Strandbatterie von Golametto in Trümmer zu schießen.

### Die Beschießung von Reims.

Genf, 25. Aug. Einer schweren Beschießung war nach einer Meldung Pariser Blätter Reims ausgesetzt. In den ersten Nachmittagsstunden war das Feuer der deutschen Artillerie von äußerster Heftigkeit. Alle Stadtviertel wurden von großkalibrigen Geschossen überschüttet. Die Wirkung der über zwei Stunden währenden Beschießung war mörderisch. Die Zahl der Opfer ist groß, der Sachschaden sehr bedeutend.

### Die tapfere Dardanellenwacht.

(W.B.) Konstantinopel, 25. Aug. Das Hauptquartier teilt mit: Bei den Dardanellen auf der Front von Anaforta am 23. August nichts von Bedeutung. Wir stellen jetzt die schweren Verluste fest, die der Feind während der Schlacht vom 21. August

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Die Ortspolizeibehörden

werden auf die im „Staatsanzeiger“ Nr. 197 erschienene Bekanntmachung des R. Ministeriums des Innern vom 21. ds. Mts., betreffend

#### Veranstaltungen zu Gunsten von Kriegswohlfahrtszwecke,

hiemit hingewiesen.

Calw, den 25. August 1915.

R. Oberamt: Binder.

vor den Schützengräben unseres Zentrums erlitten hat. Auf einer Front von kaum 2 Regimentern zählten wir über 3000 tote Feinde. Die von uns gemachte Beute ist noch nicht zu übersehen. Bei Ari Burnu versuchte der Feind am Abend des 23. August nach heftigem Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer einen Angriff gegen Konflikt. Unsere Truppen vernichteten durch einen heftigen Gegenangriff einen großen Teil des Feindes. Dem übrigen Teil gelang es, zu entfliehen. Am Vormittag des 23. August machte der Feind einen ähnlichen Versuch bei Vechiltope und Sungulair, jedoch floh er in seine Gräben zurück, nachdem er starke Verluste erlitten hatte. Bei Seddul Bahr schossen auf dem rechten Flügel unsere Artilleristen einen feindlichen Fesselballon herunter. Auf den übrigen Fronten keine Veränderung.

### Die Lage auf dem Balkan.

#### Der Einfluß des türkisch-bulgarischen Vertrags.

(W.B.) Berlin, 26. Aug. Der neue türkische Botschafter in Berlin empfing laut „Berl. Lokalanz.“ den Mitarbeiter des Budapester Blattes „Az Est“ und drückte diesem seine Freude über das Zustandekommen des Uebereinkommens zwischen der Türkei und Bulgarien aus. Durch den Abschluß werde auf dem Balkan eine neue Lage geschaffen. Die Türkei sehe der Entwicklung auf dem Balkan mit der größten Ruhe entgegen. Man glaube nicht, daß Rumänien sich gegen die Zentralmächte wenden werde, ebensowenig, daß Griechenland selbst nach dem Sieg von Venizelos die Türkei angreifen werde. — Der bulgarische Gesandte in Berlin sagte demselben Mitarbeiter, Bulgarien werde neue günstige Grenzen bekommen. Die Grenze werde gerade und schaffe einen unmittelbaren Weg zum Meer. Ueber die Siege der Verbündeten in Rußland äußerte der Gesandte seine Bewunderung.

#### Die Engländer in Kavalla.

Budapest 25. Aug. Amtlich wird aus Athen gemeldet: In Kavalla landete eine kleine Abteilung englischer Soldaten und nahm die Richtung gegen das Postamt. Eine Abteilung griechischer Soldaten unter der Führung des Majors Petrosos stellte sich den Engländern entgegen und forderte sie auf, den Hafen zu verlassen. Nach einem kurzen Wortwechsel leisteten die Engländer der Aufforderung Folge und verließen Kavalla. Es wird vermutet, daß die englischen Soldaten damit entweder einen Versuch machen wollten, gewaltfam aufzutreten, oder aber, daß man sie landen ließ zu dem Zweck, die Verfügungen auszuspähen, die zum Schutz der Stadt getroffen wurden.

#### Der Druck auf Griechenland.

Köln, 25. Aug. Der „Köln. Zeitg.“ zufolge wird dem „Corriere della Sera“ aus Petersburg gemeldet, daß dort die Kriegserklärung Italiens an die Türkei mit außerordentlichem Jubel aufgenommen worden sei. Zum reellen Wert der Nachricht gesellen sich noch einige besondere Darstellungen in Folge der gegenwärtigen Umstände in Rußland. Die Kriegserklärung lege man in kompetenten Kreisen so aus, daß Italien viel über Triest und Trient hinausginge und daß es zur Lösung der so ernsten und wichtigen Fragen beitragen wolle. Man würde in Athen verstehen, daß mit dem Eintritt Italiens in den Krieg es sich nicht nur um Kavalla und sein Hinterland, sondern um die ganze Zukunft Griechenlands im Negäischen Meere und Kleinasien handle. Griechenland könne nur jetzt und unter der Bedingung einer strikten Mitarbeit zum Siege des Vierverbands zu einer befriedigenden Lösung gelangen. Diese Umstände werden es auch Serbien erlauben, das Nachgeben gegenüber den bulgarischen Forderungen zu verwirklichen.

#### Das vorsichtige Rumänien.

Kopenhagen, 25. Aug. Der Bukarester Korrespondent der „Nowoje Wremja“ meldet, wie dem „Lokalanz.“ von hier berichtet wird, daß die zu den Waffen einberufenen Reservisten, nachdem sie eine 30tägige Uebeung beendet hatten, jetzt gruppenweise

wieder entlassen werden. Die „Nowoje Wremja“ spricht angesichts dieser Tatsache und der durch Rumänien seit Monaten hingelegenen Verhandlungen mit dem Vierverband von einem Doppelspiele Rumäniens.

Stockholm, 25. Aug. „Nowoje Wremja“ berichtet laut Drahtmeldung an den „Lokalanz.“ aus autoritativer Quelle: Die Unterhandlungen zwischen dem Vierverband und Rumänien, welche dieser Tage unterfertigt werden sollten, führten infolge neuer Einwendungen Bratianus zu keinerlei Ergebnissen. Die rumänische Regierung ist nach wie vor entschlossen, neutral zu bleiben.

Stockholm, 25. Aug. „Ruskoje Slowo“ meldet, wie der „Nat.-Ztg.“ übermittelt wird, aus Bukarest, daß vorläufig der russisch-rumänische Vertrag noch nicht unterzeichnet sei, und teilt unter Anführung von dramatischen Einzelheiten mit, wie der Vertrag zum Scheitern kam. Am 1. August teilte der russische Gesandte in Bukarest dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu im Auftrag des Petersburger Kabinetts mit, daß Rußland geneigt sei, nach der Niederwerfung Oesterreich-Ungarns Rumänien für seine Waffenhilfe das Banat abzutreten. Bratianu vereinbarte mit dem russischen Gesandten für den 6. August eine Zusammenkunft, in der der Vertrag zum Abschluß gelangen sollte. Als am 6. August der Gesandte beim Ministerpräsidenten erschien, mußte er zu seiner Ueberraschung von Bratianu hören, daß der Abschluß des Vertrags unmöglich sei. Der am vorhergegangenen Tage einberufene Ministerrat hatte seine Zustimmung verweigert.

### Amerika.

#### Der Fall „Arabic.“

(W.B.) London, 25. Aug. „Daily Telegraph“ meldet aus Newyork: Meldungen aus Washington besagen, daß dem deutschen Botschafter Graf Bernstorff die Pässe zugestellt, der Botschafter Gerard aus Berlin zurückberufen und der Kongreß zur Erwägung der Mobilisation von Heer und Marine einberufen werden wird, falls die deutsche Regierung nicht Veranlassung nimmt, die Torpedierung der „Arabic“ als zu Unrecht erfolgt zu erklären. (???)

(W.B.) London, 25. Aug. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der deutsche Botschafter hat nach Instruktionen aus Berlin folgendes Telegramm an das Staatsdepartement gesandt: Ueber die Versenkung der „Arabic“ ist noch keine offizielle Mitteilung eingetroffen. Die R. Regierung vertraut, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund der Berichte, die nur von einer Seite einlangten, und nach Meinung der R. Regierung nicht mit den Tatsachen übereinstimmen können, noch keinen endgültigen Standpunkt einnehmen wird, sondern daß auch Deutschland Gelegenheit gegeben werden wird, gehört zu werden. Obwohl die R. Regierung den guten Glauben der Zeugen, deren Erklärung durch die europäische Presse mitgeteilt wurde, nicht bezweifelt, muß man im Auge behalten, daß die Erklärungen unter dem Einfluß der Aufregung abgegeben wurden, in der man leicht einen falschen Eindruck bekommen kann. Sollten wirklich Amerikaner das Leben verloren haben, so wäre das natürlich im Widerstreit mit dem, was wir bezweckten. Die Rgl. Regierung würde das außerordentlich bedauern und drückt Amerika ihre warme Sympathie aus.

(W.B.) Newyork, 25. Aug. Der Vertreter des W.B. teilt durch Funkpruch mit: Man hofft, hier, daß sich für Deutschland die Möglichkeit ergibt, zu erklären, daß die „Arabic“ begleitet worden ist, oder versucht hat, das Unterseeboot zu rammen oder auch trotz des Anrufes zu entkommen, oder, daß sie Manöver ausführte, welche das Unterseeboot vermuten ließen, sie versuche zu entkommen. Nach Washingtoner Meldungen erklärte die Regierung, daß sie entschlossen sei, einen Bruch zu vermeiden, falls dies ehrenvoll geschehen könne. Man nimmt an, daß die Regierung nicht beabsichtigt, irgendwelche Erklärungen von deutscher Seite zu ignorieren, wie beispielsweise die Erklärung, daß Deutschland durch die Versenkung der „Arabic“ keine Mißachtung amerikanischer Rechte beabsichtigt habe. Amtlich wird angekündigt, der Botschafter Gerard in Berlin werde wahrscheinlich angewiesen werden, das Auswärtige Amt um die Bekanntgabe des Tatbestandes zu ersuchen.

(W.B.) Newyork, 25. Aug. Der Vertreter des W.B. meldet durch Funkpruch: Washingtoner Meldungen deuten an, daß gewisse widersprechende Angaben über den „Arabic“-Fall vorliegen. Desto wünschenswerter sei es, daß eine deutsche Erklärung Licht schaffe. Nach Mitteilungen aus hiesigen Quellen sollen alle Amerikaner an Bord der „Arabic“ ihre Ueberfahrt nicht bezahlt haben.



London, 25. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Boston: Eine Konferenz der Gouverneure von 20 Staaten hat eine Tagesordnung angenommen, in der sie Wilson das Vertrauen in dieser Stunde großer internationaler Beunruhigung ausspricht und ihm versichert wird, daß man bereit sei, ihm zu folgen, welchen Weg auch immer er als zweckmäßig einschlagen werde.

### Die Stimmung in Amerika.

(W.B.) London, 25. Aug. Die „Times“ melden aus Washington vom 25. Aug.: Bryan erklärte, Amerika dürfe nicht in einen Krieg verwickelt werden, weil einige leichtsinnige Bürger Schiffe kriegsführender Nationen benötigen. Senator Lewis aus Illinois, in dessen Wahlkreis viele Deutsche und zahlreiche Fleischerporteur anässig sind, beschuldigt England, daß es versucht habe, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen, indem es die „Arabic“ in ein schwimmendes Arsenal verwandelte. Auch Herrmann Ridder und seine Anhänger verdächtigen die britischen Methoden und Beweggründe. Der Korrespondent der „Times“ fügt hinzu: Diese stellen ebensowenig die öffentliche Meinung dar, wie Roosevelts Befürwortung einer sofortigen Aktion.

### Die Präsidentenwahl unter dem Einfluß des Krieges.

(W.B.) Manchester, 25. Aug. Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ weist darauf hin, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen den Wahlsfeldzug für die nächstjährige Präsidentenwahl beeinflussen würden. Die Parteioorganisationen würden in wenigen Monaten ihre Vorbereitungen beginnen. Der Anfang des Wahlkampfes werde vermutlich durch die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den europäischen Mächten beeinflusst werden. Der Korrespondent prophezeit, daß die Deutsch-Amerikaner, die jedenfalls gegen Wilson stimmen würden, dadurch seine Wiederwahl mit unerhörter Mehrheit (?) verursachen würden.

### Die Berichte der belgischen Gesandten.

(W.B.) Berlin, 24. Aug. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ beendet die Artikelreihe über die in belgischen Archiven gefundenen Berichte der belgischen Gesandten. Die heute veröffentlichten Schriftstücke umfassen die Zeit von 7. Nov. 1913 bis 2. Juli 1914 und beginnen mit der Charakteristik der Politik Greys und schließen mit der Erwartung, daß Rußland sich nicht auf die Seite der Königsmörder von Serajewo stellen werde. Alle zwischen beiden Staaten liegenden Ereignisse, die Bemühungen der Ententemächte, die Einkreisung Deutschlands und seines österreichisch-ungarischen Verbündeten zum Abschluß zu bringen, die Tripleentente durch Heranziehung der Mächte zweiten Ranges zu erweitern und sich militärisch zu Wasser und zu Lande zu übermächtiger Stellung den beiden isolierten Zentralmächten entgegenzuwerfen, wurden von den belgischen Gesandten mit Besorgnis verfolgt. Graf Lansing läßt keinen Zweifel darüber, daß in dem politischen Programm Greys er eine Gefahr für die schwächeren Staaten sieht. Aus Anlaß des für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit agitierenden Deputierten Ribot schreibt Baron Guillaume am 16. Juli 1914: Es scheint mir sicher, daß wir mehr Interesse daran hätten, die Politik Caillaux, der Radikalen und der radikalen Sozialisten erfolgreich zu sehen. Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde seien es, die die nationalistisch-militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa und für Belgien. Darin erblicke ich die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht. Nicht als ob ich zu der Annahme berechtigt wäre, daß die französische Regierung vorsätzlich den Frieden stören will, ich glaube eher das Gegenteil, sondern weil die Haltung des Kabinetts Barthou meiner Ansicht nach das Anschwellen militäristischer Neigungen in Deutschland hervorgerufen hat. Nach dem Sturze Barthous schreibt Guillaume am 10. März 1914: Der Umstand, daß Poincaré sich gezwungen sah, die Macht Caillaux zu übertragen, hat ihn stark verstimmt. Er sah darin einen Mißerfolg der militäristischen und nationalistischen Politik, die er systematisch schon seit dem Tage verfolgte, an dem er als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung gestellt wurde. Zusammen mit Delcassé, Millerand und einigen anderen predigte er unablässig die politisch-militäristische Wiederaufrichtung Frankreichs im Verein mit der Schaffung enger Beziehungen zu Rußland. Er ging als Ministerpräsident nach St. Petersburg. In einigen Monaten wird er als Präsident der Republik dorthin zurückkehren. Er schickte kürzlich Delcassé dorthin, den er mit der Mission beauftragt hatte, mit allen Mitteln die Wohlthaten der französisch-russischen Allianz zu unterstreichen und das große Kaiserreich zu einer Vergrößerung seiner militäristischen Vorbereitungen zu veranlassen. Anlässlich des Besuchs des englischen Königspaares in Paris schreibt Baron Beyens in der Depesche vom 24. April aus Berlin, daß der Einfluß Tswolstys auf die französische Politik sogar Herrn Cambon lästig geworden sei. Er spricht die Hoffnung aus, daß der intrigante Diplomat den Zaren bald in London vertreten werde.

Von größtem Interesse aber ist eine Bemerkung in dem Bericht, ob im Falle eines deutsch-französischen Kriegs England an die Seite Frankreichs treten werde. Baron Beyens schreibt: Wir hatten den Beweis dafür, daß die Mitwirkung der englischen Armee und die Entsendung eines Expeditionskorps auf den Kontinent von den Militärbehörden beider Länder ins Auge gefaßt worden war. Würde es heute noch ebenso sein und müßten wir immer noch befürchten, daß englische Soldaten in Belgien einmarschieren, um uns in der Verteidigung unserer Neutralität dadurch beizustehen, daß sie diese von vornherein kompromittieren? Deutlicher konnte gar nicht ausgesprochen werden, daß sich die belgische Regierung dessen bewußt war, daß für die von dem englischen Generalstab im Einvernehmen mit der französischen Heeresleitung geplante englische Landung in Belgien der Schutz der belgischen Neutralität nur den Vorwand bildete. Daß dieses Eingeständnis gerade aus dem Munde Baron Beyens kommt, entbehrt nicht eines komischen Beigeschmacks, weil der jetzige belgische Minister des Außern kürzlich in der „Revue des deux Mondes“ in einem von gehässigen Angriffen und Verdächtigungen strotzenden Artikel über die belgische Neutralität, die Schuldlosigkeit der belgischen Regierung nachzuweisen versucht hat. Interessant ist auch der Bericht von Baron Guillaume vom 8. Mai. Er schildert sehr zutreffend die Stimmung, woraus drei Monate später der Krieg erwuchs. Er schreibt: Untrügend ist die französische Nation in diesen letzten Monaten chauvinistischer, selbstbewußter geworden. Dieselben berufenen und sachverständigen Personen, die vor zwei Jahren sehr lebhaft Befürchtungen bei der bloßen Erwähnung von Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, stimmen jetzt einen anderen Ton an. Sie behaupten siegesgewiß zu sein, machen viel Aufhebens von den übrigens tatsächlich vorhandenen Fortschritten, die die französische Armee gemacht hat, und behaupten sicher zu sein, ein deutsches Heer zum mindesten lange genug in Schach halten zu können, um Rußland Zeit zu lassen, mobil zu machen, Truppen zusammenzuführen und sich auf seinen westlichen Nachbarn zu stürzen. Ein erfahrener und hochgestellter Diplomat sagte neulich: Wenn sich jetzt plötzlich eines Tages ein erster Zwischenfall zwischen Frankreich und Deutschland ereignet, so werden die Staatsmänner beider Länder sich bemühen müssen, ihm innerhalb der nächsten drei Tage eine friedliche Lösung zu geben, oder es giebt einen Krieg. Eines der gefährlichsten Momente in der augenblicklichen Lage ist die dreijährige Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb zweier Jahre wird man auf sie verzichten, oder Krieg führen müssen. Am 9. Juni fragt Baron Guillaume unter Hinweis auf die Agitation Tswolstys für die dreijährige Dienstzeit: Ist es wahr, daß das Petersburger Kabinett das Land zur Annahme des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit gedrängt hat und heute seine Aufrechterhaltung mit seinem ganzen Gewicht verlangt? Sollte sich vielleicht die Haltung des Petersburger Kabinetts auf die Ueberzeugung gründen, daß Ereignisse nahe genug bevorstehen, daß man sich dieses Werkzeugs bedienen könnte, das es seinen Verbündeten in die Hände geben wollte. Um dieselbe Zeit schrieb Baron Beyens, daß das Scheitern des Gesetzes der dreijährigen Dienstzeit vom belgischen Standpunkt aus als ein Glück zu bezeichnen wäre. Das würde mehr als alles andere dazu beitragen, von unseren Grenzen die Gefahren eines Krieges fernzuhalten, dessen Folgen wir ohne Rücksticht auf seinen Ausgang fürchten müssen, sowie dazu, im Westen Europas wieder eine gesicherte Lage zu schaffen. Die letzte Depesche Beyens und zugleich die letzte dieser Publikationen, datiert vom 2. Juli, betrifft die von Oesterreich-Ungarn an Serbien gerichteten Forderungen aus Anlaß der Ermordung des Erzherzog Thronfolgers. Der Gesandte zweifelt nicht an der Mitschuld des serbischen Kabinetts, das die Augen schloß, um den Herd der anarchistischen Propaganda nicht zu sehen, fürchtete aber, daß aus einer Ablehnung der von Oesterreich-Ungarn verlangten Genugtuung ein Konflikt entstehen könnte. In Berlin sagt man, Serbien werde es nur dann so weit kommen lassen, wenn es sich von Rußland gestützt fühlt, aber die Regierung des Zaren wird es nicht unterstützen, denn sie muß selbst den Abscheu und die Zurüt teilen, welche die Verbrechen der Königsmörder von Serajewo hervorgerufen haben. Das hat man nicht allgemein in Berlin gesagt. Man war in Petersburg seit langen Jahren gewohnt, mit politischen Morden außerhalb Rußlands zu paktieren. Der monarchische Gedanke spielte in der Politik nicht mehr mit. Er war vor den panslawistischen Leidenschaften völlig in den Hintergrund getreten. Das war es, was den Weltkrieg unvermeidlich machte. Frankreich und England aber mühten sich als Beschützer den serbischen Mordgesellen an die Seite stellen. Das war das Ergebnis der Politik, die sie aus Haß gegen Deutschland durch Jahrzehnte getrieben. Ueberblickt man in Gedanken noch einmal die lange Reihe der belgischen Depeschen, so geben sie uns den hündigen Beweis, daß diese kühl beobachtenden Diplomaten, die klare Vorstellung davon hatten, daß ein Kontinentalkrieg eine ernste Gefahr für das Vaterland bedeute, daß Deutschland alles, was an ihm liege, getan habe, um ihn zu vermeiden, daß das französische Volk ihn nicht wollte, aber von ehrgeizigen Politikern in einen Zustand überhitzter, chauvinistischer Leidenschaft verlegt worden sei, die die ruhige Ueberlegung ausschloß, daß ebenso in Rußland der Ehrgeiz und die Rachsucht Tswolstys, sowie die panslawistische deutschfeindliche Presse den Konflikt vorbereiteten und daß endlich die von König Eduard VII eingeleitete, von Grey

fortgesetzte Politik diese Entwicklung herbeigeführt und ihr als Rückhalt gedient habe. Es war ein Unglück für Belgien, daß es diesen Stimmen kein Gehör schenkte und die ihm zugestreckte deutsche Hand nicht ergriff, die bereit war und die Kraft hatte, dem Lande inmitten des Weltkrieges den Frieden und die Zukunft zu sichern.

### Bermischte Nachrichten.

#### Ostpreußenhilfe. — Junggesellensteuer. — Eine empfindliche Strafe.

Berlin, 26. Aug. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat die Münchener Ostpreußenhilfe außer den bereits gestifteten 2000 neuen Zimmerreichtungen im Werte von 1/2 Million Mark weitere 32 Eisenbahnwagen mit großem und kleinem Hausrat aufgebracht. — Laut „Berliner Tageblatt“ haben in Ostpreußen die Gemeindebehörden die Einführung einer Junggesellensteuer beschlossen. — Die Strafammer in Frankfurt a. M. verurteilte, verschiedenen Morgenblättern zufolge, einen Kaufmann namens Benzinger wegen Ueberschreitens der Höchstpreise für Mehl zu der höchsten zulässigen Geldstrafe von 10000 Mark.

#### Neuschnee in den Alpen.

Berlin, 26. Aug. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge berichten schweizerische Blätter, daß im Alpengebiet bis zu einer Höhe von 1800 Metern ungewöhnlich ergiebige Schneefälle niedergehen. Der Neuschnee erreichte teilweise 1 Meter Höhe. — Jetzt haben die italienischen Blätter doch wieder ergiebigen Stoff zur Begründung der Ergiebigkeit der italienischen Offensive.

#### Die plämische Frage.

(W.B.) Rotterdam, 25. Aug. Der „Rotterdamische Courant“ schreibt in einem Leitartikel anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem König Wilhelm die revidierte Konstitution ankündigte, die für das Königreich der 17 Niederlande gelten sollte: Flandern ist vor eine schwere Wahl gestellt: Es ist nicht unsere Sache, ihm den Weg zur Rettung zu zeigen. Wer Kraft besitzt, erkämpft sich das Heil selbst. Wir werden das Brudervolk in den schwierigen Augenblicken, die es jetzt durchlebt, mit den herzlichsten Wünschen für sein Weiterbestehen begleiten, aber das Weiterbestehen muß sein eigenes Werk sein. Holland vermag für Flandern jetzt nicht mehr zu tun, als sich selbst zu behaupten. Wer anders denkt, verkennt die höchsten holländischen Interessen und schädigt sie und Flandern nicht minder. Flandern ist weder mit der lateinischen Zivilisation noch mit den Bestrebungen, die alle lebendigen Kräfte des germanischen Mitteleuropas zu einem Reiche zusammenschließen wollen, gedient. Es kann nur in der Atmosphäre der Freiheit atmen. Daher die mißglückte Vereinigung von 1815. Ein neuer Zwang würde nur zu neuen Fehlschlägen führen.

#### Die unbequeme Duma.

Petersburg, 25. Aug. Der Dumapäsident teilte im Privatgespräch mit, daß der Ministerpräsident Goremykin ihm gegenüber die Ansicht geäußert habe, die Duma müsse in der zweiten Augusthälfte (russischen Stils) aufgelöst werden. Diese Enthüllung des Dumapäsidenten hat, wie der „Bos. Zeitg.“ gemeldet wird, in Dumakreisen höchst alarmierend gewirkt, weniger im Zentrum, von der Rechten schon gar nicht zu sprechen, als bei der Linken, deren Parteien eine Sitzung nach der andern abhalten und in ihrer Presse erklären, eine so rasche Dumaauslösung würde das Volk vor den Kopf stoßen und glauben machen, daß die Regierung nach wie vor im Trüben fischen wolle.

#### Eine müßige Rechnung.

Köln, 25. Aug. Nach der „Kölnischen Zeitung“ wird dem „Daily Telegraph“ aus Sidney gemeldet, der Ministerpräsident Holman habe die Ansicht kundgegeben, falls das Freiwilligenwesen keine genügende Heeresstärke ergebe, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Dauer des Krieges zu betreiben. Australien würde alsdann 1 1/2 Millionen Soldaten aufbringen. — Daß sich in Australien die allgemeine Wehrpflicht zu Gunsten Englands einführen ließe, das glaubt ja der „Daily Telegraph“ selbst nicht.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. August 1915.

#### Verlustliste für den Oberamtsbezirk Calw.

Aus der amtlichen württembergischen Verlustliste 252.  
Grenadier-Regiment Nr. 119, Stuttgart.  
Kappler, Hermann, Wiff, Calw, verw. — Bauer, Gottlob, Wildberg, W. Nagold, l. verw.  
Infanterie-Regiment Nr. 126, Straßburg.  
Bühler, Christian, Stammheim, l. verw. — Bohner, Albert, Deckenpfronn, l. verw.



**Aus der Budgetkommission des Reichstags.  
Ein Zwangskohlenyndikat. — Die Frage der  
Bädernachtarbeit.**

Wie das WTB. meldet, hat die verstärkte Budgetkommission des Reichstags nach mehrstündiger Beratung eine Abänderung der §§ 20 und 27 des Kaligesezes beschlossen. Danach wird ab 1. Oktober 1915 der Preis für Kohlen um 24 Pfennig, der für Kalidünger um 60 Pfennig pro Doppelzentner erhöht. Außerdem wird der Kaliindustrie die Kaliabgabe bis nach Friedensschluß erlassen. Hierauf trat die Kommission in die Erörterung der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1915 betreffend Zwangskohlenyndikat ein. Der preußische Handelsminister Dr. Sydow betonte, daß die Verordnung erlassen worden sei, um Erschütterungen des Wirtschaftslebens zu verhindern und eine geordnete Kohlenversorgung zu sichern. Einer ungesunden Ueberproduktion sowohl als einer unangemessenen Preissteigerung soll

dadurch vorgebeugt werden. Es handle sich um eine Kriegsmaßnahme. Er sei deshalb auch mit dem Antrag der Nationalliberalen einverstanden, wonach die Verordnung spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kraft treten soll. Ein sozialdemokratischer Redner begründete den Antrag auf Anfügung der Bestimmung in § 7, die Bergarbeiterorganisation als Beirat zur Landeszentralbehörde zuzuziehen. Dieser sozialdemokratische Antrag, sowie der vorgenannte nationalliberale Antrag wurden angenommen.

Des Weiteren ist in der Budgetkommission des Reichstags ein von Vertretern aller Parteien gestellter Antrag, das **Verbot der Nachtarbeit im Bädergewerbe auch nach dem Kriege weiterbestehen zu lassen**, mit großer Mehrheit angenommen worden. In einem Initiativantrag verlangt die Kommission ferner die Doppelleistung von Familienunterstützung und Hinterbliebenenversorgung für 3 Monate in allen einschlägigen Fällen. In einer Resolution erklärte die Kommission, daß die Regelung des Kartell- und Syndikatswesens ausschließlich Reichssache ist. Wenn der Reichstag der Verordnung über die Errichtung von Zwangskohlenyndikaten während des Krieges jetzt auch zustimmt, so spricht er doch die sichere Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen nach Friedensschluß die geeignete Organisation dafür beim Reichsamt des Innern treffen werden.

gung für 3 Monate in allen einschlägigen Fällen. In einer Resolution erklärte die Kommission, daß die Regelung des Kartell- und Syndikatswesens ausschließlich Reichssache ist. Wenn der Reichstag der Verordnung über die Errichtung von Zwangskohlenyndikaten während des Krieges jetzt auch zustimmt, so spricht er doch die sichere Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen nach Friedensschluß die geeignete Organisation dafür beim Reichsamt des Innern treffen werden.

**Kriegsgemäße Rezepte.**

**Maismehlpfannkuchen.**  
200 Gr. Maismehl  $\frac{1}{4}$  Lt. Milch 2-3 Eier, Salz, 1 Meißerspitze Backpulver, 100 Gr. Fett zum Backen. Maismehl, Milch und Eier werden verrührt und Salz und Backpulver daran gegeben. Aus diesem Teig backt man sofort dünne Pfannkuchen und bestreut sie, wenn man will, nach dem Backen mit Zucker und Zimmt.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Dellstätter'schen Buchdruckerei, Calw.

Calw, den 24. August 1915.

**Statt jeder besonderen Anzeige.**

Heute vormittag entschlief nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

**Georg Heinkel,**  
im 78. Lebensjahr.

Im Namen der Hinterbliebenen:  
der Sohn:

Georg Heinkel, Weichenwarter, (z. Zt. in Belgien),  
mit Familie.

Beerdigung Freitag nachmittag 2 Uhr.

**Strickwarenfabrik**  
in der Nähe Calws  
sucht

**gewandten Stricker**  
welcher schon auf Motor-Strickmaschinen gearbeitet hat. Guter Verdienst zugesichert.

Meldungen erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Habe noch  
**1000 Liter sehr guten  
Apfelmost**  
zu verkaufen  
Fr. Kopp, Möttlingen.

**Stadtkirche Calw.**  
Sonntag, den 29. August, nachm. 5 Uhr

**Geistliches Konzert**  
gegeben von O. Cellarius,  
Musikdirektor, Freudenstadt, unter gefälliger Mitwirkung von Fr. Cellarius (Violoncello) und Herrn K. Schmid, Seminar-Oberlehrer, Nagold (Orgel).

**Gewähltes Programm.**  
Karten im Vorverkauf 50 Pfg. Abendkasse 60 Pfg. Schluss nach 6 Uhr. — Krieger freien Zutritt.

**Evangelisations-Versammlung**  
am Freitag, den 27. August, abends 8 Uhr in Hirsau,  
im Hause Wilhelmstraße 168, früher Ziegelhütte.

Thema: „Wie sollen wahre Gläubige auf das Kommen des Herrn warten?“

Redner: Prediger Eugel, Stuttgart. Eintritt frei.  
Jedermann herzlich willkommen.

**Benzin**  
ist zu haben bei  
Fried. Herzog.

**Futter** f. Geflügel, Schweine.  
gut, billig. Preisliste frei.  
Graf Futtermühle, Auerbach, Hess

**Statt besonderer Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 28. August 1915, stattfindenden

**Hochzeitsfeier**  
in unserm Gasthof zum „Kloster“ in Hirsau freundlichst einzuladen.

Johannes Brenner, Küfermeister und Gastwirt,  
Emilie Kah von Albershausen.

**Zum Austragen unseres Blattes**  
suchen wir ab 1. Oktober  
in Hirsau u. Bad Liebenzell  
ortskundige Personen.

Verlag des Calwer Tagblattes.

**Theater in Hirsau.**  
Gasthaus zum „Hirsch und Lamm“.

Sonntag, den 29. August, abends 8 Uhr:

**Bunter Abend.**  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Kinder-Vorstellung**  
Hänsel und Gretel  
zu kleinen Preisen.

Alles Nähere siehe Tageszettel.

**Ausverkauf** vom 24. August bis 4. September

in  
**Damen-Blusen,  
Röcke,  
Kleider,  
Sackkleider,**

mit 25 Prozent Rabatt.

**L. Schiler.**

**Rindermehl,**  
(ohne Mehlkarten),  
Pfund 50 Pfg.,  
Spar- und Consumverein.

Gehirgen.  
Einen Wurf 8 Wochen alte  
Milch-Schweine  
hat zu verkaufen  
Paul Breitling.

**Unterreichenbach.**  
Wegen Einberufung setze meinen  
3 1/2 jährigen  
Schwarz-braun-  
**Wallach**   
(Raffepferd) und ein kleineres  
**älteres Pferd**  
mit jeder Garantie dem Verkauf aus  
Ernst Juntele.

**Belgische  
Läufer-Schweine** 

verkauft sofort (Martini zahlbar)  
Dengler, Schweinehändler, Wildberg.